

Aufbruch in den Aargauer Schul- und Amtsstuben

Staatspersonal Protest gegen Sparpolitik von Regierung und Parlament

VON URS MOSER

Dicke Post nahm gestern der stellvertretende Staatsschreiber Urs Meier zuhause der Regierung und des Parlaments entgegen: ein Paket mit rund 5500 Unterschriften unter einer Resolution mit dem Titel «Für eine vernünftige Personalpolitik». Die Unterschriften kommen aus der Lehrerschaft, aber auch aus der allgemeinen Verwaltung und der Polizei. Mit seinen Sparplänen verlässt der Kanton den Pfad dieser vernünftigen Personalpolitik, so Manfred Dubach, Geschäftsführer des Lehrerverbands und Präsident der Konferenz aller Staatspersonalverbände. Und was die Sparmassnahmen im Bildungsbereich im Speziellen betrifft: Sie würden unter dem Strich sogar zu Mehrkosten führen.

Für die geforderte «Verlässlichkeit bei den Löhnen und den Renten» wäre laut den Personalverbänden in den nächsten vier Jahren eine Lohnentwicklung von 9 Prozent notwendig. Der Finanzplan der Regierung sieht aber lediglich 4 Prozent vor. Damit, so die gewerkschaftliche Sicht, soll das Personal die Zeche für die Steuer-senkungspolitik bezahlen.

Zweifel an Zahlen der Regierung

Die Regierung will den Haushalt um 120 Millionen entlasten. Ein Sparprogramm, das nach Auffassung der Personalverbände gar nicht nötig ist. Abgesehen davon, dass die Schätzungen auf der Einnahmenseite auf überholten Wachstumsprognosen beruhen und damit wohl zu pessimistisch seien, habe der Kanton auch kein strukturelles Problem beim Ausgabenwachstum. Die finanziellen Probleme seien vielmehr selbst verursacht. Denn sie rührten weniger von nicht beeinflussbaren Mehrbelastungen etwa durch die Spitalfinanzierung, sondern von einer überproportionalen Erhöhung der Investitionen. Und die sei nicht mit den Ausfällen durch die Steuerrevision vereinbar. Fazit: Es braucht kein Sparpaket in diesem schmerzlichen Umfang, die Investitionen müssen auf ein verträgliches Mass zurückgestuft werden.

«Konzeptloses Sparprogramm»

Als beispielhaft für das «konzeptlose» Programm wurden gestern nach der Übergabe der Resolution die Sparvorschläge im Bildungsbereich zerpfückt, die allein über 37 der anvisierten 120 Millionen ausmachen. Der Lehrerverband hat jede einzelne Massnahme analysiert und lehnt die allermeisten davon als untauglich oder gar schwer schädlich ab (vgl. auch nebenstehenden Artikel zur Logopädie). Die geplante Erhöhung der Mindest-Klassengrösse für Primar-



Dicke Post: Personal-Vertreter Manfred Dubach (l.) übergibt dem stv. Staatsschreiber Urs Meier 5500 Unterschriften von Staatsangestellten, die eine «vernünftige Personalpolitik» fordern. MATHIAS MARX

schulen von 12 auf 15 Schüler zum Beispiel sei wahrscheinlich gar nicht realisierbar. Das Gesetz setzt eine Höchstgrenze von 26 Schülern, es müssen also schon Klassen mit 26 Kindern geteilt werden, nicht erst mit 30.

Mehr Schaden als Nutzen

Der abtretende Lehrer-Präsident Niklaus Stöckli hat eine durchaus ökonomische Argumentation dafür auf Lager, warum sich die Abstriche im Bildungswesen rächen würden: Gut gebildete Menschen sind wirtschaftlich erfolgreicher, weniger krank und weniger straffällig. Der

Schulerfolg wiederum hängt ganz massgeblich von der Professionalität der Lehrpersonen ab. Daraus resultiert: Alle Massnahmen, die Abstriche bei der speziellen Förderung lernschwacher wie auch besonders begabter Kinder machen oder die Anstellungsbedingungen der Lehrpersonen verschlechtern, sind nicht nur aus pädagogischer Sicht absolut schädlich, sondern verursachen am Schluss Kosten statt Einsparungen. Und in diese Kategorie gehören die meisten Sparpläne der Regierung: Reduktion Deutsch-Zusatzunterricht, Abschaffung Berufswahljahr, Pensionserhöhung für Bezirkslehrer etc.

Logopäden kritisieren Sparübung auf dem Buckel der Kinder

Bildung Ein weiterer Verband fordert in einer Resolution die Zurücknahme von kantonalen Sparmassnahmen.

VON HANS FAHRLÄNDER

Der Protest gegen die vorgesehenen Sparmassnahmen im Bildungs-bereich, welche die Regierung im Rahmen ihrer «Leistungsanalyse» präsentiert hat, reisst nicht ab. Der Verein Aargauer Logopädinnen und Logopäden (VAL) hat an seiner Mitgliederversammlung einstimmig eine Resolution zuhause des Regierungsrates verabschiedet. Die Massnahme 315-12 sieht vor, die Pensen für Kinder und Jugendliche an der Volksschule mit leichter oder mittlerer Sprachstörung um 10 Prozent zu kürzen. Das entspricht jährlichen Einsparungen von 975 000 Franken. Der VAL lehnt diese Sparmassnahme ab und fordert die Regierung auf, sie zurückzunehmen.

Bereits die zweite Kürzung

Die Logopädie ist eine pädagogisch-therapeutische oder medizinisch-therapeutische Fachdisziplin zur Behebung von Sprachstörungen aller Art. Es gibt Logopädie für Kinder und Jugendliche an der Volksschule – unterteilt nach leichten/mittleren und schweren Sprachstörungen –, für Kinder und Jugendliche an Sonderschulen und für Vorschulkinder. Betroffen von der Sparmassnahme sind nur die Volksschulkinder mit leichteren/mittleren Sprachstörungen. Im Durchschnitt leiden rund 8 Prozent der Volksschulkinder unter Spracherwerbs- oder Sprachstörungen. Im Kindergarten sind es gegen 20 Prozent, «nach oben» nimmt es kontinuierlich ab.

Die Pensen der schulischen Logopädie wurden bereits 2012 um knapp 10 Prozent gekürzt. Für Katrin Schen-

ker, Logopädin in Erlinsbach und Mitglied im VAL-Vorstand, steht deshalb fest: «Die Zitrone ist ausgepresst. Seit der letzten Sparrunde haben wir schon alle Möglichkeiten zur Effizienzsteigerung ausgereizt: Gruppen- statt Einzeltherapie, Therapie-Intervalle, nur noch Beratung statt Therapie etc. Eine nochmalige Kürzung führt mit Sicherheit zu direkten schädlichen Auswirkungen auf die Kinder: keine Therapie mehr für leichte Fälle, lange Wartezeiten, Verzicht auf Einzeltherapie etc.»

Ein Frauenberuf wird abgestraft

Auch wenn für die Logopädin die Auswirkungen auf die Kinder im Vordergrund stehen, verweist sie auch auf die Folgen für ihren Berufsstand: «Eine nochmalige Kürzung kann nicht mehr kompensiert werden und führt zu massiven Lohn-einbussen. Man wird den Eindruck nicht los, dass wieder einmal ein Frauenberuf abgestraft wird.» Nur 7 von rund 200 VAL-Mitgliedern sind männlich.

Eine Umfrage unter den Mitgliedern hat ergeben, dass rund ein Drittel mit grossen finanziellen Einbussen rechnet, wenn die Sparmassnahme umgesetzt wird. Ebenso viele gaben an, sie würden in diesem Fall einen Stellenwechsel erwägen.

«Wir wurden von der regierungsrätlichen Absicht ohne Vorankündigung überrascht und waren schockiert», sagt Katrin Schenker. «Wir sind überzeugt: Da hat keine saubere Analyse stattgefunden. Wenn unser Bereich wirklich einen Sparbeitrag leisten müsste, gäbe es andere Möglichkeiten. So wurden die Bewilligungs- und Kontrollverfahren für Kinder mit schwerer Sprachbehinderung vor einigen Jahren extrem aufwendig ausgestaltet, etliche neue Stellen wurden geschaffen. Hier könnte man sparen – zulasten der Bürokratie, nicht der Kinder.»

«Eine nochmalige Kürzung führt zu direkten schädlichen Auswirkungen auf die Kinder.»

Katrin Schenker, Logopädin

Das 120-Millionen-Sparpaket: Ab Montag gilt es ernst

Zusammen mit dem Aufgaben- und Finanzplan 2014-2017 hat der Aargauer Regierungsrat Ende August das Ergebnis einer «Leistungsanalyse» mit einer langen Liste von Sparmassnahmen präsentiert. Sie umfasst 200 Positionen, die im Sommer noch nicht alle detailliert erläutert und begründet worden waren. Manche Sparmassnahmen kann der Regierungsrat in eigener Kompetenz umsetzen, andere fallen in die Zuständigkeit des Grossen Rates und bedingen Dekrets- oder (referendumsfähige) Gesetzesänderungen. Zu diesen Massnahmen star-

tet erst jetzt die Anhörung, welche am Montag nach einer Präsentation durch Finanzdirektor Brogli und Staatsschreiber Peter Grünenfelder eröffnet wird. 37 Millionen des anvisierten Sparpotenzials von 120 Millionen Franken entfallen allein auf den Bildungsbereich. Gerade hier ist vieles auf Verordnungsstufe geregelt und kann somit von der Regierung beschlossen werden. Es steht aber jetzt schon fest, dass der Lehrerverband zu allen referendumsfähigen Sparbeschlüssen einen Volksentscheid erwirken will. (MOU)